

EU-Gerichtsbarkeit:
von Hans-Dieter Bottke

Gravierende Demokratiedefizite auf EU-Ebene
von Hans-Dieter Bottke

Zunächst zitiere ich an dieser Stelle nochmals meinen auf dieser Internetseite zu findenden Text in der ‚Vernunftplattform‘ unter der Rubrik ‚Europäische Union‘ mit der Überschrift ‚Grundlegende Demokratiedefizite‘, welchen ich bereits in einer ersten Fassung im Jahr 2013 verfasst hatte. Anschließend werde ich dann nochmals kurz gesondert auf die Rolle des Europäischen Gerichtshofes eingehen.

Textzitat:

„Bevor ich wesentliche Demokratiedefizite der Europäischen Union kurz aufliste und begründe, möchte ich folgendes betonen: Vieles von dem, das mit der sogenannten ‚Europäischen Idee‘ verbunden wird, unterstütze ich nachdrücklich! Es sind dies vor allem die im Zuge langer geschichtlicher Prozesse entwickelten Werte wie die jedem Menschen gleichermaßen zukommende Würde, die daraus abgeleiteten Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung sowie der seit dem Ende des furchtbaren Zweiten Weltkrieges etablierte Friedensgedanke: Ein sehr großer historischer Fortschritt besteht in der Schaffung einer stabilen Friedenszone in Europa von früher sich immer wieder bekriegenden Staaten, sodass sich in meiner Generation – ich bin 1966 geboren worden – wohl kaum jemand mehr ernsthaft vorstellen kann, gegeneinander Krieg zu führen. Ebenfalls empfindet eine große Mehrheit der Bevölkerung in allen Mitgliedstaaten die Freizügigkeit, welche sich nicht nur auf das Reisen beschränkt, mit ihren vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen als im wesentlichen sehr positiv. Neben dem **Binnenmarkt** möchte ich hier vor allem auch die Möglichkeiten des **intensiven gegenseitigen Kennenlernens der jungen Menschen in Europa hervorheben**, so beispielsweise das ‚**Erasmus-Programm**‘, welches sich vornehmlich an Studenten richtet. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich dieses Programm noch viel stärker auch an **Auszu-**

bildende zukünftig wendete. Kein vernünftiger Mensch wird auf derartige Fortschritte verzichten wollen!

Nun zu Kritikpunkten hinsichtlich einiger gravierende Demokratiedefizite:

1. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament wird ein elementares demokratisches Prinzip verletzt, nämlich die gleiche Gewichtung der Stimmen eines jeden Wahlbürgers: Die Stimmen eines deutschen oder französischen Wählers wiegen deutlich weniger als die eines Dänen oder gar Luxemburgers. Damit wird auf europäischer Ebene das Prinzip ‚Ein Mensch / Wähler, eine Stimme‘ verletzt. Dies wird damit begründet, dass bei einer Einhaltung dieses demokratischen Grundprinzips die kleinen Länder durch noch weniger Abgeordnete als zurzeit vertreten wären und bei sehr kleinen Ländern vielleicht gar kein Abgeordneter mehr ins Europäische Parlament entsandt werden könnte, oder aber dass das Parlament noch viel mehr Abgeordnete haben müsste und dann kaum noch arbeitsfähig wäre. Obwohl ich diese Argumentation durchaus nachvollziehen kann, rechtfertigt sie meiner Meinung nach keinesfalls die Verletzung demokratischer Grundprinzipien.
2. Die oben aufgeführten Argumente **für** das derzeitige Wahlverfahren zum Europäischen Parlament weisen auf ein weiteres gravierendes Demokratiedefizit auf europäischer Ebene hin: Wenn man befürchtet, dass kleinere Länder bei einer Gleichgewichtung der Stimmen unterrepräsentiert wären, heißt dies nichts anderes, als dass es zurzeit kein europäisches Staatsvolk gibt, sondern vielmehr die Hauptidentifikationsquelle der meisten Menschen und Wähler in den Nationalstaaten zu finden ist: Die Menschen fühlen sich zunächst als Franzosen, Engländer, Italiener, Spanier, Griechen oder Deutsche und dann erst als Europäer. Denn beispielsweise käme in Deutschland bei der Wahl zum Bundestag ja auch niemand ernsthaft auf den Gedanken, dass die Stimme eines Bremers viel stärker im nationalen Parlament gewichtet werden müsste, als die eines Bayern, weil die Bremer im Bundestag ansonsten durch zu wenige Abgeordnete vertreten wären.
3. Daraus leitet sich zudem das ganz grundlegende demokratische Defizit einer fehlenden **europäischen** politischen Öffentlichkeit

ab: Notwendige Diskussionsprozesse können schon allein wegen der Sprachbarrieren nicht gesamteuropäisch stattfinden. Trotz vielfältiger gemeinsamer kultureller Wurzeln gibt es dennoch kein ‚europäisches Volk‘ und damit keinen legitimen Souverän, wobei die verschiedenen Muttersprachen nur ein, wenn auch sehr wichtiger Ausdruck der verschiedenen Nationalkulturen sind. Solange es aber **ein die Demokratie legitimierendes Staatsvolk nicht gibt**, weil die meisten Menschen in Europa dies zurzeit nicht wollen, **existiert überhaupt keine Grundlage für demokratische Entscheidungen**. Infolgedessen dürfen nicht so viele und wichtige Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden, sondern es müssen Regelungen gefunden werden, welche die bisherigen Nationalstaaten mit Kernkompetenzen weiterbestehen lassen. Allerdings werden schon heute viele wichtige Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen, welche die Befugnisse der nationalen Parlamente in erheblicher Weise einschränken, sodass die Bürger durch die Wahl ihrer nationalen Abgeordneten kaum oder gar keinen Einfluss mehr auf wichtige Politikfelder nehmen können. Und dies geschieht auch unter Mitwirkung des Europäischen Parlamentes, welches eben aus mehreren Gründen – wie oben bereits ausgeführt – dazu eigentlich nicht entsprechend demokratisch legitimiert ist.

4. Ein weiteres Demokratiedefizit gepaart mit einer Verletzung der Gewaltenteilung stellen die Europäischen Räte der Regierungschefs bzw. die Ministerräte dar: Die verschiedenen Europäischen Räte, besetzt mit Vertretern der Exekutive sollten als Regierungsvertreter keine Gesetzgebungskompetenz besitzen, da dies die Gewaltenteilung aufhebt. In der politischen Praxis werden von diesen Räten sehr häufig weitreichende Entscheidungen getroffen, welche das Leben der Menschen in der Europäischen Union stark beeinflussen, ohne dass ein hinreichender öffentlicher Diskussionsprozess stattgefunden hat oder dass die eigentlich zur Gesetzgebung legitimierten Abgeordneten in den nationalen Parlamenten eine auch nur annähernd hinreichende Mitwirkung und Kontrolle dabei eingeräumt wird. Durch Beschlüsse, die von den genannten Räten auf europäischer Ebene ganz wesentlich mit entschieden werden, entsteht europäisches

Recht, welches in den Staaten kaum oder gar nicht mehr von den nationalen Parlamenten mit ihren demokratisch gewählten Abgeordneten mitgestaltet oder gar abgelehnt, sondern nur noch abge-
nickt werden kann.

Nachfolgend möchte ich nochmals auf das Problem der unterschiedlichen Stimmgewichtung bei den Europawahlen eingehen und dabei auch Stellung beziehen zu Meinungen, welche eine solche Praxis für akzeptabel halten. Insbesondere im politischen Diskurs sind diese im Zuge von Europawahlen aus vielen Parteien vorgebracht worden: Es wird teilweise versucht, die undemokratische Ungleichbehandlung auf europäischer Ebene damit zu rechtfertigen, dass eine solche Ungleichbehandlung auch in Deutschland bei der Stimmgewichtung über den Bundesrat vorzufinden ist.

Zunächst soll diese tatsächlich vorhandene Ungleichbehandlung kurz erklärt werden: Im Bundesrat, welcher mit dem Bundestag bei der Gesetzgebung auf Bundesebene zusammenwirkt, sind die Länder durch ihre Landesregierungen vertreten, wobei größere Länder wie Bayern zwar mehr Stimmen haben als kleinere wie Bremen, aber die Gewichtung der Stimmen im Bundesrat nicht dem Bevölkerungsanteil entspricht. Infolgedessen sind kleinere Länder im Bundesrat stärker vertreten, als es ihrem Bevölkerungsanteil bezogen auf Gesamtdeutschland entspricht. Somit wiegen indirekt die Stimmen aus kleineren Ländern über die Vertretung der Länder im Bundesrat schwerer als diejenigen in größeren.

Nun möchte ich diese beiden Ungleichbehandlungen kurz bewerten: Zunächst handelt es sich in beiden Fällen – also bei Wahlen zum Europäischen Parlament wie bei der Stimmgewichtung im deutschen Bundesrat – tatsächlich um eine undemokratische Ungleichbehandlung der Wähler. Allerdings findet sie auf europäischer Ebene **direkt** statt, d.h. dass die Stimmen der Wähler je nach Land sehr unterschiedlich gewichtet werden, wohingegen beim deutschen Bundesrat dies **indirekt** über die Vertreter der Landesregierungen im Bundesrat geschieht. Bei Wahlen zum deutschen Bundestag wie bei den Wahlen zu den Landesparlamenten findet eine derartige Ungleichbehandlung selbstverständlich nicht statt. Dies sollte zunächst als Unterschied zwischen der europäischen und der deutschen Ebene deutlich gemacht werden.

Dennoch kritisiere ich auch die unterschiedliche indirekte Gewichtung der Stimmen im Bundesrat eindeutig als undemokratisch. Und dies tue ich, obwohl ich als ein Wähler aus Rheinland-Pfalz davon profitiere, weil meiner Stimme indirekt über den Bundesrat ein höheres Gewicht zukommt, als beispielsweise derjenigen eines Wählers aus Nordrhein-Westfalen. Aber als überzeugter Demokrat will ich selber weder bevorzugt noch benachteiligt werden. Daher setzte ich mich schon seit vielen Jahren auch für eine Beseitigung dieser Ungleichbehandlung auf deutscher Ebene ein und habe mehrere Vorschläge zur Reform unseres Föderalismus' gemacht sowie begründet, wobei es aber keineswegs nur um diese Ungleichbehandlung geht.

Abschließende Bemerkungen:

In vielen, wenn nicht gar in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union herrscht bei der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ein Bewusstsein vor, welches im Nationalstaat die entscheidende Institution der demokratischen Legitimation sieht und eben nicht in Europa als Ganzem. Es gibt kein europäisches Staatsvolk, solange die allermeisten Menschen dies nicht wollen, und sie wollen es zurzeit nicht! Sie verstehen sich zunächst einmal als Bürger eines bestimmten Landes und dann erst als Europäer. Infolgedessen müssen die wesentlichen Entscheidungen, die das Zusammenleben in einem Land regeln, dort durch demokratische Verfahren getroffen werden, um Legitimität beanspruchen zu können. Dem stehen selbstverständlich gesamteuropäische Abkommen nicht prinzipiell entgegen, wie beispielsweise ein gemeinsamer Markt verbunden mit Reise- und Niederlassungsfreiheit. Nur muss jedes Land eben für sich **demokratisch** entscheiden, wie weit die Integration für dasselbe gehen soll. **Ich wende mich hiermit also keineswegs grundsätzlich gegen verstärkte Integrations-schritte, sondern nur gegen von politischen Eliten verordnete ohne hinreichende demokratische Mitwirkung und letztlich Zustimmung der davon betroffenen Bürger!** Es ist daher prinzipiell möglich, wenn es dem Willen der Mehrheit der Menschen in einigen Ländern entspricht, verstärkt Kompetenzen an eine supranationale Institution abzugeben, welche dann natürlich einer gemeinsamen demokratischen Kontrolle unterliegen muss. Dabei kann es durchaus zu einem staatsähnlichen Gebilde kommen, wodurch wesentliche, ursprünglich nationale Kompetenzen auf die neue Ebene übertragen werden. Solange es aber eine wie gerade beschriebene demokratisch

durch Volksabstimmungen legitimierte Entscheidung in den jeweiligen Nationalstaaten nicht gibt, darf kein Land, ob groß oder klein, durch eine mögliche gesamteuropäische Mehrheit bei Wahlen oder auch durch direkte Abstimmungen zu etwas gezwungen werden, was die Menschen in diesem Land nicht wollen bzw. worüber sie zuvor gar nicht erst die Möglichkeit erhalten hatten demokratisch abzustimmen. Eine ungleiche Stimmgewichtung der Wählerstimmen bei Parlamentswahlen sowie direkten Volksabstimmungen ist aus demokratischer Sicht **prinzipiell inakzeptabel** und letztlich nicht zu legitimieren. Der Verweis auf derartige Ungleichgewichtungen beispielsweise in Deutschland, wo über den Bundesrat die Länder mit ihrem Stimmgewicht nicht genau entsprechend ihrer Bevölkerungszahl repräsentiert sind, kann nicht als Legitimation herangezogen werden, weil ein Verstoß gegen demokratische Grundprinzipien in einem Land einen anderen auf EU-Ebene nicht rechtfertigen kann. Zudem wende ich mich selbstverständlich auch gegen die indirekte Ungleichgewichtung in Deutschland genauso wie gegen diejenige auf europäischer Ebene. Und dies geschieht unabhängig davon, ob ich selber durch eine solche Ungleichgewichtung bevorzugt – wie in Deutschland als Wähler aus Rheinland-Pfalz – oder benachteiligt werde, wie als deutscher Wähler bei der Wahl zum EU-Parlament.

Wenn Großteile der politischen Elite in Europa trotz alledem so weiter machen sollten wie bisher und dabei erst gar nicht den Mehrheitswillen der Menschen durch legitime Abstimmungen ermitteln lassen und zudem noch auf vielfältige Weise demokratische Grundsätze in eklatanter Weise verletzen, wie oben dargelegt, laufen sie Gefahr, viele positive sowie von den meisten Menschen bisher sehr geschätzte Errungenschaften der Europäischen Union zu gefährden, weil auch sie dann eine Ablehnung infolge einer verstärkt um sich greifenden Europaskepsis erfahren könnten. Solche Entwicklungen mussten wir leider beispielsweise im Zuge der Eurokrise vor allem in vielen südlichen Ländern im Rahmen der sog. ‚Eurorettungspolitik‘ zur Kenntnis nehmen. Und auch in den nördlichen Geberländern wächst der Unmut bei vielen Menschen!

Meine Hoffnung besteht darin, dass einerseits immer mehr Politiker zu der Überzeugung gelangen, dass man ohne oder gegen das eigene Volk dauerhaft keine erfolgreiche und schon gar keine legitime Politik betreiben kann bzw. darf und andererseits, dass die Menschen immer

stärker ihre demokratischen Rechte öffentlich und mit Nachdruck einfordern.“

Ende des Zitates meines Textes (Quelle: vgl. oben)

Nachfolgend zitiere ich ebenfalls aus einem meiner anderen Texte der oben bereits genannten Rubrik den letzten Abschnitt.

Textzitat:

„5. Warum überhaupt noch zur Wahl gehen?!

Warum sollte man in Deutschland überhaupt noch zur Wahl gehen? Ich weiß natürlich, dass sich sofort viele gute, vernünftige Gründe dafür aufführen ließen, warum man unbedingt auch in Deutschland von seinem Wahlrecht Gebrauch machen sollte. Aber ich will hier einmal den Advocatus Diaboli geben und zwar am Beispiel der Euro-Krise.

Wenn ich mich an einer Wahl beteilige, will ich durch meine Stimmabgabe den politischen Prozess in meinem Land mitbestimmen. In Deutschland habe ich auf der die meisten wichtigen Fragen entscheidenden Bundesebene nur die Möglichkeit, alle vier Jahre meine zwei Kreuzchen zu machen, eines für den Abgeordneten und das andere, weit wichtigere für die Partei. Ich kann mich faktisch nur zwischen einigen Parteien und denen von ihnen aufgestellten Kandidaten entscheiden. Weder habe ich Einfluss auf die Personen noch die Inhalte, die zur Wahl stehen. Sobald ich mich für eine Partei entschieden habe, wähle ich – ob ich will oder nicht – immer das ganze Programmpaket, auch wenn ich vielleicht vieles davon überhaupt nicht richtig finde. Ich wähle halt diese Partei, weil sie meinen Vorstellungen noch am nächsten kommt im Vergleich mit den anderen. Also gut, man muss eben Kompromisse machen. Aber ich muss mich doch dann wenigstens auf die Versprechungen der Parteien verlassen können. Sonst könnte ich ja einfach blind irgendwo auf dem Wahlzettel mein Kreuzchen machen, oder gar nicht erst zur Wahl gehen. Denn ich würde ja letztlich überhaupt nichts in meinem Sinne im politischen Prozess bewirken können, weil die Parteien und deren Kandidaten, erst einmal gewählt, das machten, was sie wollten und nicht das, wofür sie von den Wählern ihre Stimme erhalten hätten. Und wie sieht es in der Realität aus? Selbstverständlich werden

Wahlversprechen der Parteien immer wieder in eklatanter Weise gebrochen, wodurch die Wahlen zur bloßen Farce zu verkommen drohen. Die Wähler sollen schön brav die Parteien und ihre Kandidaten wählen und dann gefälligst den Parlamentariern das politische Geschäft überlassen. Sie verstehen schließlich auch viel mehr davon, als der normale Bürger, Steuerzahler und Wähler. Diesen Eindruck jedenfalls gewinnen viele Menschen in Deutschland, und auch mir geht es so. Wenden wir uns nun der Euro-Krise als einem Beispiel für das eben Geschriebene zu. Die verantwortlichen Politiker in Deutschland versprachen uns immer und immer wieder, dass es mit der Einführung des Euros keine Transferunion geben werde, also dass ein Land für die Schulden eines anderen einsteht. Und dies hielt man sogar rechtsverbindlich vertraglich fest! Nun müssen wir feststellen, dass weder das politische Versprechen noch ein rechtsverbindlicher Vertrag eingehalten wird. Und dieser Rechtsbruch hat zudem keinerlei Konsequenzen für die Rechtsbrecher. Man stelle sich vor, wir normalen Bürger würden einfach einmal das Recht brechen, beispielsweise einfach keine Steuern mehr zahlen, weil wir das Geld lieber für etwas anderes ausgeben wollten: Wir würden sofort juristisch zur Verantwortung gezogen und bestraft werden!

Darüber hinaus vermitteln uns die meisten Politiker in der Euro-Krise auch nicht gerade Fachkompetenz. Die meisten Ökonomen haben schon im Vorfeld der Euro-Einführung davor gewarnt, dass die Einführung einer gemeinsamen Währung mit einer einheitlichen Geld- und Zinspolitik durch eine gemeinsame Zentralbank bei ganz verschieden entwickelten Volkswirtschaften ohne eine politische Union einschließlich einer Transferunion auf Dauer nicht funktionieren könnte. Aber das ignorierten die verantwortlichen Politikern – an der Spitze der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl – arrogant. Sie wussten zudem natürlich auch, dass die Menschen in Deutschland den Euro in ihrer großen Mehrheit nicht wollten und erst recht eine wie oben beschriebene politische Union entschieden ablehnten. Aber unsere politische Elite hat selbstverständlich zu keinem Zeitpunkt auch nur daran gedacht, das Volk über eine so grundlegende Frage direkt abstimmen zu lassen. Sie meinten ja, alles besser zu wissen! Heute sehen wir, dass sie es eben weder damals noch heute wirklich besser wussten bzw. wissen. Dennoch klammern sie sich mit aller Macht an die Macht und überlassen die Entscheidung über derart

grundlegende Fragen nicht dem Volk, dem eigentlichen Souverän in einer Demokratie!

Also noch einmal: Warum sollen wir überhaupt noch wählen gehen? Die Politiker machen, was sie wollen. Und nicht einmal das Argument, dass sie doch fachkompetent seien, kann ein Großteil der politischen Elite für sich beanspruchen. Dennoch beharrt diese politische Elite zäh auf ihrem Entscheidungsmonopol. Wir Bürger dürfen auf Bundesebene lediglich alle vier Jahre unsere Kreuzchen machen. Und selbst diese sind kaum bis gar nichts mehr wert, weil nach der Wahl in zentralen Punkten etwas anderes gemacht wird, als vor der Wahl den Wählern versprochen worden ist. Und neuerdings halten sich Politiker nicht einmal an rechtsgültige Verträge und biegen sich das Recht so zurecht, wie sie es gerne haben wollen. Zudem verlieren die von uns gewählten Bundestagsabgeordneten immer mehr Kompetenzen an die Europäische Union. Und die dortigen Behörden und Institutionen erwecken selbst beim naivsten Menschen nicht den Eindruck, dass sie einer auch nur annähernd akzeptablen demokratischen Legitimation und Kontrolle unterliegen.

Um noch einmal auf die Euro-Krise zurückzukommen: Welche Wahl hatten wir denn vor der Einführung des Euro? Obwohl die große Mehrheit in Deutschland gegen diese neue Währung war, waren alle im Bundestag vertretenen Parteien dafür. Wen hätten die vielen Wähler, die gegen den Euro waren, denn mit einiger Aussicht auf Erfolg wählen sollen, wenn fast die gesamte politische Elite des Landes für den Euro war? Wir hatten also in einem zentralen Punkt überhaupt keine Wahl! Und heute dürfen wir als Bürger und Steuerzahler die Zeche zahlen, die uns diese Politiker eingebrockt haben. Und natürlich können wir auch weiterhin nicht selber über solch entscheidende Fragen direkt abstimmen. Zudem vermitteln uns die Politiker auch nicht den Eindruck der nötigen Fachkompetenz. Dennoch haben wir auch weiterhin keine wirkliche Wahl, da (fast) alle aus der politischen Elite die gleiche Richtung in dieser Frage verfolgen.

Mir tut es letztlich in der Seele weh, gerade in dieser Frage den Advocatus Diaboli zu geben und Argumente gegen die Sinnhaftigkeit der Teilnahme an Wahlen aufzuführen. Aber leider sehe ich mich aufgrund der arroganten und bürgerfernen Handlungsweise der politischen Elite in Deutschland dazu gezwungen, wobei das Agieren

vieler Politiker in der Eurokrise den letzten Anstoß dazu geliefert hat und sich nicht abzeichnet, dass sich an der undemokratischen und bürgerfernen Haltung etwas Grundlegendes ändern wird, wenn es nach der politischen Klasse in diesem Land geht. Wir Bürger müssen uns mit legitimen Mitteln zur Wehr setzen. Und das erste, das wir tun müssen, ist meiner Meinung nach ungeschönt die Dinge beim Namen zu nennen, zu argumentieren und öffentlich zu diskutieren. So können wir Bürger mit wohl begründeten Argumenten in die politische Debatte eingreifen und vielleicht auf Dauer ja doch etwas bewegen. Das ist zumindest meine Hoffnung – auch wenn ich zugeben muss, dass diese Hoffnung im Moment nur sehr, sehr klein ist. Aber auch die kleinste Flamme mag dereinst einmal hell leuchten. Wer weiß?!“
Ende des Zitats.

Diese beiden Textzitate passen mit den anderen Texten in dieser Rubrik zur eingeschränkten Volkssouveränität in Deutschland sowie auf europäischer Ebene sehr gut zusammen und zeigen damit auch die erhebliche Relevanz dieser Thematik. Dabei spielt auch der Aspekt einer **„politisierten Gerichtsbarkeit“** eine wichtige Rolle, vor allem im Zusammenspiel von Politikern und Gerichten einschließlich der Wahl von Richtern in die höchsten Gerichten wie dem deutschen Bundesverfassungsgericht oder dem Europäischen Gerichtshof. Dass und welche Gefahren darin liegen, habe ich deutlich machen wollen. Aber ich habe wenig Hoffnung, dass die sogenannte bisher in Deutschland bestimmende politische Klasse mit den Parteien CDU / CSU, SPD, Grüne diese Problematik in ihrer Dramatik erkannt haben oder auch nur erkennen wollen. Ähnliches muss ich leider auch für viele reichweitenstarken Medien einschließlich der öffentlich-rechtlichen konstatieren.

Daher habe ich große Sorgen, dass immer mehr unseriöse populistische Kräfte von ganz rechts oder links oder auch in einer Mischung aus beidem an Einfluss gewinnen, und zwar keineswegs nur in Deutschland, sondern immer stärker in ganz Europa.

Kontakt: Dr. Hans-Dieter Bottke, Idar-Oberstein, info@drbottke.de